Machtprobe zwischen den revolutionären kommunistischen und den bürgerlichen Kräften bilden müsse. Dr. Wolf hat diese Ansicht inzwischen in Zeitungsartikeln noch einmal bekräftigt. Er hat damit die Maske fallen lassen. Es geht nicht um den § 218, sondern darum, mit Hilfe einer hemmungslosen, die niedrigsten Instinkte wachrufenden revolutionären Propaganda Moskaus Geschäfte zu betreiben. Dabei verschweigt man den aufgepeitschten Massen geflissentlich, daß in Rußland längst Vergehen gegen den § 218 strenger bestraft werden, als in irgendeinem anderen Staat der Welt. Die soziale Indikation besteht lediglich theoretisch, ist aber in der Praxis durch zahlreiche Klauseln völlig aufgehoben.

Wie aber stellt sich die Sozialdemokratie zu dieser durchsichtigen Propaganda für die kommunistische Revolution? Sie ahnt natürlich sehr wohl den Zweck. Der Sozialdemokratische Pressedienst hat jüngst den sogenannten Kampfausschuß gegen § 218 als eine kommunistische Parteifiliale bezeichnet und über das „Kommunistengeschäft um § 218" wörtlich geschrieben: „Der Zweck der Uebung ist weit weniger der Kampf um den § 218, als der gehässige politische Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei. § 218 sagt man, aber die Sozialdemokratie meint man." Verkehrt wäre es aber, daraus Hoffnungen zu schöpfen, die Sozialdemokratie würde sich geistig in dieser Frage wandeln. Sie hat von Anfang an den Kampf gegen den § 218 mitgemacht. Er ist ein wichtiger Teil ihres Programms. Sie kann nicht mehr zurück, auch wenn jetzt einzelne Funktionäre mit Schrecken das Blutbild der moskowitischen Revolution hinter dieser Agitation erkennen müssen. Man vergesse dabei nicht, daß der Kampf gegen den § 218 nur ein kleiner Ausschnitt aus der Agitation ist, die sozialdemokratische Freidenker in Gemeinschaft mit dem Kommunismus gegen Religion und christliche Schule als die Grundlagen unserer nationalen Kultur geführt haben. Stets haben die sozialistischen Freidenker als ihr Ziel „die Zerstörung der religiösen und bürgerlichen Ideologien" bezeichnet und hierin „beinahe restlose Uebereinstimmung mit dem Kommunismus" bekundet. Es ist nicht zum ersten Male in der Geschichte der Revolutionen, daß die Skrupellosigkeit der Radikaleren schließlich den Kurs bestimmt. Die Sozialdemokratie kann nicht mehr zurück, auch wenn sie mit Entsetzen sieht, daß aus dem Kampf gegen den § 218 eine Machtprobe für die kommunistische Revolution geworden ist. Sie ist dabei der Unterlegene, schon deshalb, weil die Intellektuellen der Linken, die Smokingkommunisten, wie sie jüngst der Staatsparteiler Windschuh nannte, die sogar die große demokratische Presse in den Dienst dieses kommunistischen Kampfes gestellt haben, Hand in Hand mit dem Kreis um Dr. Wolf arbeiten. Schon erhebt das von radikalen Intellektuellen, wie Lion Feuchtwanger, Thea v. Harbou, Albert Einstein, Ernst Toller, Elsa Lasker-Schüler, Karin Michaelis, gegründete Komitee für Selbstbezichtigung die Gesetzesverletzung im kommunistischen Sinne zum löblichen Grundsatz. Wenn sich geistiger Snobismus mit dem Kommunismus verbündet, um dunkelste Instinkte der Massen gegen die Grundgesetze des Staatslebens zu hetzen, dann gibt es nur ein Gegengewicht, die starke Einheitsfront der nationalen Parteien. Von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei und dem Zentrum besteht erfreulicherweise in dieser Frage nur eine klare Meinung. Allerdings muß an das Zentrum die Frage gerichtet werden, wie lange es noch durch seine Bundesgenossenschaft mit der Sozialdemokratie der kulturbolschewistischen Propaganda, die jetzt bis zur Organisierung der offenen Gesetzesverletzung treibt, die Bahn freihalten will.

Der Schöpfer der Reichswehr

Zu Generaloberst v. Seeckts 65. Geburtstag am 22. April

Generaloberst v. Seeckt begeht am 22. April seinen 65. Geburtstag. Er wurde am 22. April 1866 in Schleswig geboren. Sein Vater, der spätere Kommandierende General des 5. Armeekorps in Posen, war damals Hauptmann und Kompaniechef bei den 11. Grenadieren. 19 Jahre alt, trat Seeckt als Fahnenjunker beim Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiment Nr. 1 ein und wurde am 15. Januar 1887 zum Leutnant befördert. Ueber Truppendienst und Generalstab führte ihn in der Vorkriegszeit eine glänzende Laufbahn bis in die Stellung des Chefs des Generalstabs des 3. Armeekorps in Berlin, die er als Oberstleutnant bekleidete. Aber erst der Krieg gab die Gelegenheit, seine Fähigkeiten voll zu entfalten. Schon bei den ersten Kämpfen in Belgien und Nordfrankreich hatte das 3. Armeekorps, das damals unter dem Kommando des Generals von Lochow stand, besonders schwierige Aufgaben zu bewältigen, deren erfolgreiche Durchführung zum großen Teil dem Generalstabschef zu danken war. Seeckts Name wurde zum erstenmal genannt, als der von ihm entworfene und vorbereitete Angriff auf das Dorf Vailly bei Soissons am 30. November 1914 einen entscheidenden Erfolg hatte. Im Januar 1915 wurde Seeckt Oberst. Die Heeresleitung sah die in ihn gesetzten Erwartungen voll erfüllt und übertrug ihm die Stelle des Chefs des Stabes der neugegründeten 11. Armee in Galizien, die unter dem Oberbefehl Mackensens stand. Nach dem geglückten Durchbruch von Gorlice-Tarnow wurde er außer der Reihe zum Generalmajor befördert. Nach dem glänzenden Siegeszug über Przemysl und Lemberg bis an den Bug im Sommer 1915 erhielt er den Orden Pour le Mérite und noch im selben Jahre das Eichenlaub. Im Herbst 1915 ging Seeckt mit seinem Oberbefehlshaber nach Serbien. Nach dem schwierigen Uebergang über die Donau gelang es der Heeresgruppe Mackensen, in kürzester Zeit die serbische Armee völlig zu vernichten, so daß der Weg nach Konstantinopel frei war. Bulgarien schloß sich den Mittelmächten an, und nun entstand die Frage, ob die Saloniki-Armee der Entente angegriffen werden sollte oder nicht. Auf Seeckts Vorschlag wurde der Plan aufgegeben, da seine Ausführung eine zu große Schwächung der Hauptfronten bedeutet hätte.

Jetzt harrten Seeckts ganz besondere Aufgaben. Er erhielt wichtige Posten bei den verbündeten Armeen, um eine einheitliche Kriegsführung zu vermitteln. Im Sommer 1916 waren die Oesterreicher durch General Brussilow bei Luck zurückgedrängt worden. Bei der darauf erfolgenden Neueinteilung der Front erhielt Erzherzog-Thronfolger Karl, der spätere Kaiser, den Oberbefehl über den südlichen Teil. Seeckt wurde sein Generalstabschef. Nach Erzherzog Karls Thronbesteigung im November 1916 ging Seeckt nach Konstantinopel, wo die militärischen Verhältnisse reichlich verworren waren, und trat an die Spitze des türkischen Generalstabs. Wenn die Türkei in den beiden letzten Kriegsjahren durchhielt, so war das in erster Linie dem deutschen Generalstabschef zu verdanken.

Nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges stellte sich Seeckt in selbstverständlicher Pflichterfüllung in den Dienst des neuen Staates. Er war zunächst Chef des Generalstabes des Armeeoberkommandos Nord, beim Grenzschutz Ost, dann Leiter der deutschen militärischen Vertretung in Spa. Nach Gründung der Reichswehr übernahm er das Truppenamt und wurde am 16. Juni 1920 zum Generalleutnant befördert. Nach dem Kapp-Putsch wurde er als Nachfolger des Generals Reinhardt Chef der Heeresleitung.

In dieser Stellung konnte Seeckt seine bereits in der Türkei gezeigten diplomatischen Fähigkeiten erneut beweisen. Die Stellung der jungen Wehrmacht im neuen Staat war an sich nicht leicht und wurde durch radikale Elemente noch erschwert. General von Seeckt hat es verstanden, das Heer über alle politischen Einflüsse hinauszuheben. Ebenso schwierig gestaltete sich vom rein militärischen Standpunkt die Aufgabe, der sich Seeckt gegenübergestellt sah. Aus den Resten der alten Armee war ein neues Heer zu bilden, das auf völlig neuen Grundsätzen gemäß dem Versailler Vertrag aufgebaut werden mußte und ein Novum auf dem Gebiete der Söldnerheere darstellte. Besondere Schwierigkeiten bildete die Auswahl des Offiziers- und Mannschaftsersatzes. Seeckt hat alle Hindernisse zu überwinden verstanden und in systematischer Arbeit die Reichswehr zu dem gemacht, was sie heute ist, zu einem unbedingt zuverlässigen Instrument des Staates, zu einer, wenn auch kleinen, so doch mustergültigen Armee. Während seiner Tätigkeit als Chef der Heeresleitung war Seeckt zum General der Infanterie und zum Generaloberst befördert worden.

Politisch war Seeckt immer ein Rätsel geblieben, bis er im vorigen Jahre aus seiner Reserve heraustrat. Er ließ sich für die Reichstagswahl im September 1930 als Kandidat der Deutschen Volkspartei aufstellen und zog in den neuen Reichstag ein. Seeckt hat sich auch als Militärschriftsteller rege betätigt. Seine Werke „Gedanken eines Soldaten" und „Die Zukunft des Reiches" stehen weit über dem Durchschnitt und enthalten interessante politische und militärische Ausblicke.

*

Der Reichspräsident hat an Generaloberst a. D. v. Seeckt ein herzlich gehaltenes Glückwunschschreiben gerichtet.

Streit um „Das Ende der Reparationen"

Das Reichsarchiv gegen Dr. Schacht

Berlin, 21. April. Auf Grund des bekannten Buches des Reichsbankpräsidenten a. D. Dr. Hjalmar Schacht „Das Ende der Reparationen", durch das die Reparationsfrage geschichtlich aufgerollt worden ist, hat sich das Reichskabinett entschlossen, dem Reichsarchiv das in Betracht kommende Aktenmaterial zur Verfügung zu stellen mit dem Auftrag, auf Grund dieser Quellen den Gesamtkomplex zu untersuchen. Das Reichsarchiv wird demzufolge in mehreren Veröffentlichungen das Ergebnis dieser Aktenforschungen darlegen.

Schon jetzt wird ein Aufsatz veröffentlicht, der Aufschluß über einzelne besonders wichtige Begebenheiten geben soll. In diesem Aufsatz wird durch Anführung einer Reihe von Akten dargelegt,

daß der von Dr. Schacht erhobene Vorwurf, er sei von der Reichsregierung vor und während der Pariser Sachverständigenkonferenz nur ganz unzulänglich unterrichtet worden, nicht zutreffe.

Aus dem Inhalt der Akten ergebe sich, daß nur bei einer der zahlreichen Besprechungen zwischen Parker Gilbert und den Mitgliedern der Reichsregierung von seiten des Generalagenten eine Annuität von 2 bis 2,2 Milliarden Mark genannt worden sei, mit denen Deutschland rechnen müsse. Laut dem von Stresemann gezeichneten Protokoll über diese Besprechung habe der Reichsaußenminister eine solche Möglichkeit mit allem Nachdruck zurückgewiesen und Annuitäten in solcher Höhe als für Deutschland untragbar abgelehnt. Die Niederschrift Parker Gilberts über die gleiche Besprechung, die erst erheblich später, und zwar am 1. Mai 1929 der Reichsregierung zur Verfügung gestellt worden sei, enthalte ebenfalls nichts, was den Vorwurf Schachts einer vorherigen Festlegung durch die Reichsregierung rechtfertige.

Auch die andere Behauptung Schachts, die Reichsregierung habe die Unabhängigkeit der Sachverständigen verletzt, halte einer aktenmäßigen Nachprüfung nicht stand.

Die Reichsregierung habe den Sachverständigen während der Verhandlungen in Paris durchaus die Freiheit der Entschließung gelassen. Erst als die Sachverständigen „nach ausdrücklicher Erklärung des Herrn Reichsbankpräsidenten" sich nicht mehr in der Lage sahen, angesichts der Ziffern des Youngplanes die Verantwortung für die zu fassenden Beschlüsse allein zu übernehmen, ist die Reichsregierung aus ihrer Reserve herausgetreten. Gerade um den Sachverständigen die von Schacht gewünschte Deckung durch die Reichsregierung zu geben und eine Verantwortungsgemeinschaft herzustellen, sei der Beschluß vom 3. Mai gefaßt worden. Als im weiteren Verlauf der Pariser Konferenz die Annuitäten am 24. Mai unter dem Zwang der Gläubigermächte von neuem heraufgeschraubt wurden, habe Schacht in einem Schreiben vom gleichen Tage erklärt, Geheimrat Kastl und er behielten sich vor, ob sie die erhöhten Zahlungen annehmen oder ablehnen würden. Die Reichsregierung habe daraufhin mehrfach wissen lassen, daß die gewünschte Handlungsfreiheit bestätigt werde. Am 3. Juni gaben die Sachverständigen dem Reichskanzler gegenüber in einem Telegramm die Erklärung ab, daß sie „die volle Verantwortung für die Unterzeichnung übernehmen, ohne jede Rücksicht auf äußere Einflüsse, sondern lediglich ihrem eigenen Gewissen folgend." Weitere Punkte, so schließt der Aufsatz, besonders die angebliche Verfälschung des Youngplanes und die Frage der Sanktionen, würden an anderen Orten behandelt werden.

Es ist anzunehmen, daß Dr. Schacht als der Verfasser des Buches „Das Ende der Reparationen" zu den Veröffentlichungen des Reichsarchivs seinerseits nicht stillschweigen wird.

Da das Reichsarchiv eine objektiv wissenschaftliche Behörde ist, deren Feststellungen jeder historischen Kritik standhalten müssen, ist weiterhin die Feststellung wichtig, ob das Reichsarchiv vor Veröffentlichung seiner Feststellungen sich auch mit dem Verfasser des Buches in Verbindung gesetzt oder ob es sich lediglich auf das ihm von der Reichsregierung gelieferte Material gestützt hat.

Warschau entschuldigt sich

Warschau, 21. April. Wegen der Demonstrationen vor der österreichischen Gesandtschaft sprach heute der Chef des Protokolls bei der österreichischen Gesandtschaft vor, um dem Gesandten das lebhafte Bedauern über den Vorfall auszudrücken.

2½ Millionen Arbeitslose in England. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 13. April 2 561 054, d. h. 19 976 weniger als in der vorhergehenden Woche.

Die Einführung Dr. Sahms

Berlins neuer Oberbürgermeister über sein Arbeitsprogramm

Berlin, 21. April. In der Stadtverordnetenversammlung begrüßte heute Stadtverordnetenvorsteher Haß den neuen Oberbürgermeister Dr. Sahm und die neuen Magistratsmitglieder. Er führte hierbei aus: Sie übernehmen ein Amt mit schwerer Verantwortung in einer sehr ungünstigen Zeit. Berlin war früher ein großer Arbeitgeber, der Hunderttausenden Lohn und Brot gab. Heute müssen wir ungeheure Summen dazu verwenden, mehr als eine halbe Million Menschen zu unterstützen.

Im neuen Wohlfahrtshaushalt wird mit einer Ausgabe von 400 Millionen gerechnet.

Zur neuen Tätigkeit entbiete ich Ihnen die Glückwünsche der Stadtverordneten. Nehmen Sie den aufrichtigen Ausdruck unseres Vertrauens entgegen.

Oberbürgermeister Dr. Sahm

umriß sein Arbeitsprogramm etwa folgendermaßen: „Meine erste Sorge wird den Finanzen gelten. Der Chef der Verwaltung muß sich darüber klar sein, daß es für die nächsten Jahren äußere Lorbeeren nicht zu ernten gibt. Es gilt zunächst, die aufgenommenen schwebenden Schulden zu konsolidieren und, was nicht minder wichtig ist, das Entstehen neuer Schulden zu verhindern. Vor allem muß äußerste Sparsamkeit walten.

Das Prinzip muß fallen, daß die Einnahmen, die Steuern, nach den Ausgaben zu gestalten sind. Vielmehr müssen die Ausgaben sich den Einnahmen anpassen.

Ich bin fest entschlossen, nach jeder Richtung hin die Stellung zu wahren, die der Stadt Berlin nach außen als Hauptstadt zukommt. Ich bin der Ueberzeugung, daß Reichs- und Staatsregierung bestrebt sein werden, Berlin auch in dieser Hinsicht Unterstützung angedeihen zu lassen. Das darf aber nicht nur rein äußerlich sein. Es müssen auch der Stadt diejenigen Mittel, die ihr zustehen, in gerechter Weise zufließen. Ich denke dabei an die schwierigen, aber der baldigen Lösung bedürftigen Fragen des Finanzausgleichs und auch an die Mitwirkung der berufenen Stellen bei der Konsolidierung der schwebenden Schulden."

Die Ansprache des Oberbürgermeisters wurde stark durch kommunistische Zurufe gestört. Teilweise kam es zu Lärmszenen.

Kommunistische Zersetzungsversuche

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. April. Der Berliner Polizeipräsident dementiert die Nachricht eines Berliner Blattes, wonach in einer Kaserne der Berliner Schutzpolizei mehrere Beamte wegen kommunistischer Zersetzungsversuche festgenommen worden seien. Er stellt fest, daß keinerlei Festnahmen erfolgt seien. Bei den Vorgängen, die der dementierten Nachricht zugrunde liegen, handelt es sich vielmehr um folgendes:

Der politischen Polizei ist es gelungen, einen gewissen Schulz, der Mitglied der KPD. ist, zu ermitteln. Schulz war Leiter einer sogenannten „Zersetzungszentrale" und hatte u. a. auch Beziehungen zum Reiterregiment 6 in Fürstenwalde und zum Infanterieregiment 9 in Potsdam angeknüpft. Im Besitz des Schulz fand man eine ganze Kartothek, die Namen von Angehörigen der Reichswehr, der Marine und der Schutzpolizei enthielt. Die Berliner politische Polizei hat nun dieses Material des verhafteten Schulz geprüft und auch jeden Polizeibeamten vernommen, dessen Adresse man in seinen Listen gefunden hatte. Dabei zeigte sich, daß Schulz offenbar ganz systemlos Namen von Angehörigen des Heeres, der Marine oder der Schutzpolizei sich beschafft hatte. Es scheint ihm nach den bisherigen Feststellungen jedenfalls nicht gelungen zu sein, näher an die Berliner Polizei heranzukommen. Daneben laufen noch die Ermittelungen, inwieweit Schulz versucht hat, sich an die Angehörigen der Reichswehr oder der Marine heranzumachen.

Geheimrat Quaatz in Dresden

Einen Deutschen Abend, der in jeder Beziehung wohlgelungen war, veranstaltete die Deutschnationale Volkspartei Dresden-Neustadt im überfüllten großen Saal des Waldschlößchens. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden General der Infanterie a. D. Wöllwarth leiteten Musikvorträge eines Quartetts der Stahlhelmkapelle den Abend ein. Konzertsängerin Lotte Schrader sang mehrere Lieder von Trenk und Hermann und erntete für ihre hohe Kunst lebhafte, dankbare Anerkennung.

Dann sprach der durch seine reiche schriftstellerische Tätigkeit bekannte Mitarbeiter Hugenbergs, Geheimer Regierungsrat Dr. Quaatz, M. d. R., von jubelndem Beifall empfangen, über „Nationale Opposition und Notverordnung". Der preußische Ministerpräsident Braun sei im Irrtum, wenn er behaupte, Deutschland sei durch die Sozialdemokratie gerettet worden. Wenn die Sozialdemokratie heute noch in Deutschland regiere, so nur dank ihrer bürgerlichen Hilfstruppen. Es sei eine Täuschung, zu glauben, daß Brüning regiere, der wahre Regent sei Braun. Schon 1920 habe sich der nationale Widerstandswille gegen die Sozialdemokratie aufgebäumt, die sich aber damals bereits fest mit den Zentrum verbündet hatte. Leider hätten sich weite Kreise der Wirtschaft seit 1924 bei Annahme des Dawesplanes verleiten lassen, Tagespolitik mit den stärkeren Kräften zu treiben. Diese Politik habe sich nicht bewährt, nur nationale Politik auf lange Sicht vermöge auch der Wirtschaft eine gesunde Existenzgrundlage zu geben. Blicke man auf die Zukunft unseres Volkes, so müsse man tief pessimistisch werden. Unser Außenpolitik hätte nur Mißerfolge aufzuweisen gehabt. Der Youngplan sei von der preußischen Regierung geradezu erzwungen worden. Zwar sei die Mehrheit unseres Volkes christlich und national. Aber Völker würden von Minderheiten regiert. Die Sozialdemokratie regiere in Deutschland, weil sie eine solche festorganisierte Minderheit sei. Unter Hugenbergs Führung sei die Deutschnationale Volkspartei eine geschlossene Kampfgruppe geworden. Die bisherige Zersplitterung auf der Rechten sei die Ursache ihrer bisherigen Machtlosigkeit. Angestrebt werden müsse ein Neubau des Reiches nach dem Vorbild Bismarcks. Nationale Arbeit sei nicht von einer Generation, sondern nur von einer Reihe von Generationen zu leisten. Deshalb müßten wir bei unserer Arbeit für die kommende Generation an das Werk der Väter anknüpfen. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik trete besonders kraß hervor, daß wir das Erbe unserer Väter verschwendet haben. Wir lebten nur noch von ausländischem Kredit. 1914 hatte Deutschland als Erfolg der Arbeit zweier Generationen 20 Milliarden Auslandsvermögen. Jetzt aber hätten wir seit 1924 bereits nach Verwirtschaftung unserer Guthaben 20 Milliarden Auslandsschulden gemacht. Die Deutschnationalen könnten angesichts dieser Lage des Vaterlandes keine Versprechungen machen. Sie würden von der Nation Opfer verlangen, aber nicht, um den Reichtum fremder Völker zu vermehren, sondern um dem Wiederaufbau des Vaterlandes zu dienen. Geheimrat Dr. Quaatz erntete für seine klaren, von vornehmer Sachlichkeit getragenen Ausführungen stürmischen Beifall, der noch einmal anschwoll, als der Vorsitzende ihm dankte. Dann sang die Versammlung stehend das Deutschlandlied.

Im weiteren Verlauf des Abends erregten die ausgezeichneten turnerischen Uebungen des Deutschen Turnerbundes Dresden am Barren lebhaften Beifall. Mit anfeuernden Worten von Frau Oberst Kastner und dem gemeinsam gesungenen Niederländischen Dankgebet wurde der Abend geschlossen.